



atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.



Berlin, 31.01.2018

An die Mitglieder
der Arbeitsgruppe Energie, Klimaschutz, Umwelt

Offener Brief zur Verankerung einer wirksamen CO₂-Bepreisung im Koalitionsvertrag

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Grundlage für die laufenden Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, CDU und CSU sind die Ergebnisse der Sondierungsgespräche vom 12.01.2018. Im Kapitel *Klimaschutz, Energie und Umwelt* bekennen sich die beteiligten Parteien gemeinschaftlich zu den Klimazielen 2020, 2030 und 2050. Darüber hinaus verpflichtet sich Deutschland im Klimaschutzplan 2050, seinen Beitrag zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens zu leisten. Die Unterstützer dieser Erklärung begrüßen diese Haltung, auch wenn sie selbst noch ambitioniertere Klimaschutzziele für notwendig erachten.

Deutschland verfehlt Klimaziele

Inzwischen ist nämlich klar, dass nicht nur das selbst gesetzte nationale Klimaziel für 2020 deutlich verfehlt wird, sondern auch der nationale CO₂-Minderungsbeitrag für das EU-Klimaziel für 2020 ins Wanken gerät.

Aktuelle Zahlen des Umweltbundesamtes bestätigen, dass der Treibhausgasausstoß in 2016 erneut angestiegen ist – um 2,6 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente gegenüber 2015. Verantwortlich dafür ist vor allem der Anstieg an Treibhausgasemissionen in den Sektoren Wärme und Verkehr.

Es ist absehbar, dass auch das Erreichen der mittel- und langfristigen Klimaziele gefährdet wird, wenn im Koalitionsvertrag keine wirksamen, sektorenübergreifenden Klimaschutzmaßnahmen verankert werden.

Effektiver Klimaschutz braucht einen wirksamen CO₂-Preis

Die Unterstützer dieser Erklärung sind der Überzeugung, dass ein wirksamer CO₂-Preis, der die Kosten für die Umweltschäden durch den Ausstoß des Klimagases widerspiegelt, eine Grundvoraussetzung für effektiven Klimaschutz in den Sektoren Strom, Wärme und Verkehr ist. Eine wirksame CO₂-Bepreisung ist ein unabdingbares, flankierendes Instrument neben einem gesetzlich verankerten und zügigen Kohleausstieg sowie neben weiteren, kurzfristigen Klimaschutzmaßnahmen.

Der CO₂-Preis bildet sich aus dem Zusammenspiel von Angebot an und Nachfrage nach Emissionszertifikaten im europäischen Emissionshandelssystem. Er liegt derzeit bei ca. 5–8 € pro Tonne CO₂.

Aufgrund des künstlich aufrechterhaltenen Überangebots an Zertifikaten ist dieser Preis nicht ausreichend, um effektive Emissionsminderungen herbeizuführen, die im Einklang mit dem Zwei-Grad-Ziel stehen.

Darüber hinaus erfasst das Emissionshandelssystem nur knapp 50 % der CO₂-Emissionen – die Sektoren Wärme und Verkehr sind erst gar nicht erfasst. Eine Ausweitung des Systems auf weitere Sektoren sowie eine Angebotsverknappung scheitern regelmäßig an hartnäckigem Widerstand gut organisierter Partikularinteressen auf europäischer Ebene.

Die Unterstützer dieser Erklärung erachten eine sofortige Stärkung des CO₂-Preissignals auf nationaler Ebene für unerlässlich, um die Klimaschutzziele nicht vollständig aus den Augen zu verlieren. Angesichts der sehr langwierigen Klimaverhandlungen auf internationaler Ebene ist es unerlässlich, dass einzelne Länder vorangehen. Deutschland sollte – wie bei der Einführung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes – ein weiteres Mal voranschreiten und gemeinsam mit anderen europäischen Ländern, wie z.B. Frankreich, das bereits eine nationale CO₂-Bepreisungssystematik eingeführt hat, den Schulterschluss suchen.

Aktuelle Studien verdeutlichen, wie eine wirksame CO₂-Bepreisung erreicht werden kann

Inzwischen liegen mehr als zehn Studien vor – u. a. von Unterstützern dieser Erklärung –, wie eine Stärkung bzw. eine wirksamere CO₂-Bepreisung erreicht werden kann. Alle Studien verfolgen im Kern zwei Ansätze:

1. Sie verfolgen das Ziel, mit einem verlässlichen CO₂-Preissignal auf nationaler Ebene effizienten Klimaschutz zu fördern. Mit diesem Ansatz adressieren sie die Notwendigkeit, stabile und verlässliche ökonomischer Anreize für Investitionen in CO₂-arme Technologien zu schaffen, um so die Schwäche des europäischen Emissionshandelssystems zu überkommen.
2. Sie skizzieren ein schlankeres, faireres und auf die Erreichung der Klimaziele ausgerichtetes Finanzierungssystem für die Kosten der Energiewende. Dieses System soll das Wirrwarr aus zahlreichen Umlagen, Abgaben und Steuern für Strom und Energieträger in Deutschland ersetzen. Das aktuelle System führt zu einer überproportionalen Belastung von Privathaushalten und Mittelstand, entfaltet keinerlei Lenkungswirkung, ist äußerst komplex und hemmt wichtige Innovationen (z.B. im Bereich der Sektorenkopplung).

Wenn die künftige Bundesregierung ihre Klimaziele ernsthaft erreichen und ein zukunftsfähiges Finanzierungssystem für die Energiewende schaffen will, dann müssen die Weichen dafür im neuen Koalitionsvertrag von SPD, CDU und CSU gestellt werden.

Die Unterstützer dieser Erklärung fordern die Mitglieder der Arbeitsgruppe Energie, Klimaschutz, Umwelt auf, eine wirksame CO₂-Bepreisung im Koalitionsvertrag zu verankern.

Unterstützer:

Dr. Thomas E. Banning, Vorstand NATURSTROM AG

Fon: +49 211 77 900 - 363

E-Mail: presse@naturstrom.de

Dr. Jörg Lange, Vorstand CO₂ Abgabe e.V.

Fon: +49 761 458 932 77

E-Mail: info@co2abgabe.de

Dr. René Mono, Vorstand BBE n Bündnis Bürgerenergie e.V.

Fon: +49 30 308 817 89

E-Mail: info@buendnis-buergerenergie.de

Sebastian Sladek, Vorstand EWS Elektrizitätswerke Schönau eG

Fon: +49 7673 88 85-51

E-Mail: presse@ews-schoenau.de

Sönke Tangermann, Vorstand Greenpeace Energy eG

Fon: +49 30 284 822 10

E-Mail: presse@greenpeace-energy.de

Heiko Wuttke, Vorstand PROKON Regenerative Energien eG

Fon: +49 4821 6855-460

E-Mail: presse@prokon.net